

Schwarzwalder-Wacht

Calwer Tagblatt

Verlag: Schwarzwalder-Wacht G.m.b.H. Calw, Rotationsdruck:
H. Döschlagersche Buchdruckerei, Calw. Hauptredaktion:
Friedrich Hans Gesele, Angelegenheiten: Alfred Schaffelke
Sämtliche in Calw. D. N. 1. 37. 3000. Geschäftsstelle: Altes
Postamt, Fernsprecher 251; Schluß der Anzeigenannahme: 7.30
Uhr vormittags. Als Anzeigentarif gilt zur Zeit Preisliste 4.
Für richtige Wiedergabe von durch Fernspruch aufgenommene
Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreis: Ausgabe A durch Träger monatlich 1.50 RM,
und 15 Pfg. „Schwäbische Sonntagspost“ (einschl. 20 Pfg
Trägerlohn). Ausgabe B durch Träger monatlich 1.50 RM,
einschl. 20 Pfg. Trägerlohn. Bei Postbezug Ausgabe B 1.50 RM,
einschl. 18 Pfg. Zeitungsgeld, zuzügl. 30 Pfg. Postgebühr,
Ausgabe A zuzügl. 15 Pfg. für „Schwäbische Sonntagspost“.
Anzeigenpreis: Der großspaltige 46 mm-Raum 7 Pfg. Text-
teil mm 15 Pfg. Bei Wiederholung Nachsch. Mengenstaffel E.
Erfüllungsort für beide Teile Calw.

Nationalsozialistische Tageszeitung

Amfliche Zeitung der N. S. D. A. P.

Alleiniges Amtsblatt für alle Stadt- und Gemeinde-Behörden des Kreises Calw

Nr. 38

Calw, Dienstag, 16. Februar 1937

4. (111.) Jahrgang

Befriedungswerk des Führers für die evang. Kirche

Einberufung einer verfassunggebenden Generalsynode — Ein Beitrag zum inneren Frieden

Das Kirchenvolk soll selbst bestimmen!

Berchtesgaden, 15. Februar.
Der Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, Kerrl, hielt am Montag dem Führer Vortrag über die kirchlich-politische Lage. Der Führer gab im Anschluß an den Vortrag folgenden Erlaß heraus:
Erlaß des Führers und Reichsministers über die Einberufung einer verfassunggebenden Generalsynode der Deutschen evangelischen Kirche.
Nachdem es dem Reichskirchenauschuß nicht gelungen ist, eine Einigung der kirchlichen Gruppen der Deutschen evangelischen Kirche herbeizuführen, soll nunmehr die Kirche in voller Freiheit nach eigener Bestimmung des Kirchenvolkes sich selbst die neue Verfassung und damit eine neue Ordnung geben. Ich ermächtige daher den Reichsminister für die kirchlichen Angelegenheiten, zu diesem Zweck die Wahl einer Generalsynode vorzubereiten und die dazu erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

die geistliche Leitung. Die heißen Bemühungen des Reichskirchenauschusses um eine Einigung innerhalb der evangelischen Kirche blieben erfolglos, weil die einzelnen Fronten sich inzwischen immer mehr verhärtet hatten und heute niemand mehr weiß, in welchem Maße das Kirchenvolk selbst sich zu den Bestrebungen der einzelnen Richtungen positiv oder negativ verhält.
Es gehört nun zu den Grundfäden des nationalsozialistischen Staates, daß das Gesetz jedes Handeln der Wille des Volkes ist. Dieser Grundfaden muß naturgemäß auch in einer so modernen Demokratie, wie sie das neue Deutschland darstellt, auf das Kirchenvolk Anwendung finden. Genau so, wie das deutsche Volk gegenüber dem Staate in jedem Jahr Gelegenheit zu einer Willenskundgebung erhalten hat, bekommt nun auch das Kirchenvolk Gelegenheit, durch die Einsetzung der Wahl einer verfassunggebenden Generalsynode seinen Willen Ausdruck zu geben und selbst die Männer seines Vertrauens zu bestimmen, die nun auf dem Boden der Kirche dieser eine

Verfassung geben und auf Grund der Verfassung die Art der Führung der Kirche bestimmen sollen.
Die Wahl wird unter kirchlicher Leitung und nur auf kirchlichem Boden stattfinden. Der Staat wird sich wie bisher jeden Eingreifens in die Leitung der geistlichen Dinge enthalten und auch auf die Wahl der verfassunggebenden Generalsynode keinerlei Einfluß nehmen. Damit erhält die Kirche in Deutschland eine Freiheit, sich ihr Schicksal selbst zu bestimmen, wie sie sie in solchem Maße noch niemals besessen hat. Damit ist auch dem Gewäch von einer Unterdrückung der Kirche in Deutschland endgültig ein Ende gemacht. Der nationalsozialistische Staat hat ausdrücklich den Schutz der christlichen Bekenntnisse garantiert. Der Führer hat durch diesen neuen Erlaß wieder einmal unter Beweis gestellt, daß es dem Staat mit dem Schutz der christlichen Bekenntnisse ernst ist.
Nun ist der Weg frei für die Gemeinschaft der Gläubigen in der deutschen evangelischen Kirche. Nun können sie den ferneren Weg der

Kirche selbst bestimmen und in ihrem eigenen Haus die Ordnung schaffen, um die nun vier Jahre innerhalb der evangelischen Kirche gerungen worden ist. Man darf mit Zug und Recht erwarten, daß jene — allerdings zahlenmäßig nicht sehr bedeutenden — Kreise innerhalb der Kirche, die zwar immer wieder ihre positive Einstellung zum Staat betonten, aber in der Praxis dem Staat in diesen Jahren so manches Leid zufügten und ihm vorzuenthalten versuchten, was ihm gebührt, die Großzügigkeit des Führers und des Reiches anerkennen.
Man darf weiter erwarten, daß sie in tiefer Dankbarkeit alle ihre Mühen darauf verwenden, sich auf der ihnen vom Führer gegebenen Basis entsprechend ihrer Verantwortung vor Gott in der verfassungsmäßigen Generalsynode mit allen denen zusammenzufinden, die guten Willens sind, um endlich einem Zustand der Uneinigkeit ein Ende zu machen, der ganz ohne Zweifel schwere Gefahren für die Zukunft der Kirche heraufbeschworen hat.

Ein Engländer widerlegt die Kolonialschuldlüge

Beverley Nichols rechnet ab: „Deutschland muß Kolonien haben!“

London, 15. Februar
„Sunday Chronicle“ veröffentlicht einen Aufsatz ihres Mitarbeiters Beverley Nichols über die deutsche Kolonialforderung: Die Frage der deutschen Kolonien sei die wichtigste aller internationalen Fragen und von überragender Bedeutung für den Weltfrieden. „Wie kommt es“, so fragt Nichols, „daß jedes andere Land in der Welt mit Ausnahme Deutschlands Kolonien besitzen darf? Wie kommt es, daß Holland ein großes Kolonialreich hat, aber nicht Deutschland? Warum darf Polen und die Tschechoslowakei über nationale Minderheiten herrschen, nicht aber Deutschland? Wie lange wird die große deutsche Nation noch auf uns hören, wenn wir ihr sagen, daß sie nicht geeignet ist, dieselben Rechte zu haben, wie wir sie den Holländern und Portugiesen ohne weiteres zugestehen? Wir haben das deutsche Kolonialreich gestohlen. So hart das Wort klingen mag, es entspricht den Tatsachen. Die deutsche Kolonialverwaltung vor dem Kriege rief größte Bewunderung von Männern wie Theodor Roosevelt und Cecil Rhodes hervor!“

parteiische Regelung der Kolonialforderungen vorsehen, sind aber in Versailles in brutaler Weise verlegt worden. Er, Nichols, ist nicht ein Freund der Deutschen, er ist aber ein Freund der Gerechtigkeit.
Er weist dann im einzelnen die lägenhaften Behauptungen über die deutsche Kolonialfrage zurück. Es ist eine unerschämte Lüge, wenn man behauptet, daß Deutschland die Eingeborenen militarisieren würde, wenn man ihm die Kolonien zurückgäbe. Deutschland hat seine schwarzen Untertanen niemals militarisiert. Frankreich hingegen militarisiert nicht nur seine schwarzen Untertanen, sondern es hat sogar schwarze Truppen nach Deutschland geschickt und damit eine Erbitterung zurückgelassen, die niemals ganz ausgeblüht werden kann. Marshall Foch hat sogar gepredigt, daß Frankreich im nächsten Kriege

eine Million schwarzer Truppen zur Verfügung haben wird.
Auch die Behauptung, daß die Kolonien von keinem wirtschaftlichen Wert für Deutschland sein würden, ist unsinnig. Es ist eine alte Tatsache, daß der Handel immer der Flagge folgt. Wenn Deutschland Kolonien besäße, dann könnte es seine eigene Währung für den Kauf von Rohstoffen verwenden. Ferner ist die Erklärung, daß Deutschland nicht geeignet sei, Kolonien zu haben, eine Beleidigung, die letzten Endes nur zum Kriege führen kann. Ein Mann wie Theodor Roosevelt hat einst gesagt, daß Deutschland in seinen Kolonien eine Arbeit verrichtet, die für die ganze Welt von Nutzen ist. Die Entdeckungen deutscher Wissenschaftler und Chemiker sind es zum großen Teil gewesen, die die Eindämmung der Tropenkrankheiten, wie Malaria und Schlafkrankheit, ermöglicht haben.

Grundzüge der deutschen Außenpolitik

Ein Gespräch mit Reichsaußenminister Freiherr von Neurath

× Hamburg, 15. Februar.
Gerade im Zusammenhang mit der neuesten Danzig-Lüge des Pariser Journalistenkreises der Sowjetfreunde sind die Ausführungen des Reichsaußenministers Freiherrn von Neurath bemerkenswert, die er dem Berliner Vertreter des „Hamburger Fremdenblattes“ gegenüber dieser Tage machte und aus denen die wichtigsten Sätze wiedergegeben seien:
„Die Erklärungen, die wiederholt von den berufensten Stellen im Deutschen Reich selbst und in anderen Ländern unserer europäischen Zivilisation ergangen sind, stimmen alle in der Ueberzeugung überein, daß nicht der geringste Anlaß vorliegt, um irgendwelche — Gefahren für den Frieden Europas innerhalb dieses Kulturkreises anzunehmen. Gefährlich ist nicht die außenpolitische Konstellation, die man als weitgehend entspannt bezeichnen darf, sondern lediglich die Kriegsschöpfung, die systematisch von Leuten geschürt wird, bei denen ein Interesse an einer derartigen Tätigkeit vorliegt. Dieses Treiben, das sich, für die breite Öffentlichkeit nicht immer sichtbar in einem schattigen Halbdunkel vollzieht, stört freilich immer wieder das Aufbauwerk, dessen Förderung die vornehmste Pflicht aller verantwortlichen Staatsmänner ist.“
An dem Versuch dieser Propaganda, die

dem Muster des Vertrages von 1936 statt. Im Verlaufe der Besprechungen stellte sich heraus, daß in dieser Frage keine ersten Meinungsverschiedenheiten bestehen.
Wie englischerseits mitgeteilt wird, finden ähnliche Besprechungen zur Herbeiführung eines zweiseitigen Flottenabkommens auch mit Sowjetrußland statt.
Der in London tagende Unterausschuß des Nichteinmischungs-ausschusses hat beschlossen, daß das Freiwilligenverbot am 20. Februar Mitternacht in Kraft treten soll und daß der vom Ausschuss beratene Plan einer Land- und Seekontrolle vom 6. März Mitternacht an in Gang gesetzt wird. Dieser Beschluß wird bereits heute dem Gesamtausschuß zur allgemeinen Annahme vorgelegt werden.
Die kommunistische Wählerarbeit in England war am Montag erneut Gegenstand einer Anfrage im Unterhaus, wobei von Regierungsseite erstmalig amtlich zugegeben wurde, daß sich die Dritte Internationale in England zum mindesten propagandistisch betätigt.

deutsche Aufrüstung unentwegt als den Urgrund allen Übels hinzustellen, erklärte der Reichsaußenminister: „Selbst die hochherzigen Angebote, die der Führer mit dem ganzen Gewicht seiner Autorität zur Frage der Rüstungsbeschränkung machte, waren zum Scheitern verurteilt, weil die Politik des damaligen französischen Außenministers sich nicht entschließen konnte, darauf einzugehen. Aber auch abgesehen von dem unantastbaren Recht, das das Deutsche Reich aus den historischen Tatsachen herleiten darf, steht das Ausmaß der deutschen Aufrüstung in keinem Verhältnis zur Potentialstärke seiner Nachbarn. Diese vergrößert sich bei ihnen um das Gewicht der militärischen Bündnisse, auf die sie sich stützen können. Das Deutsche Reich muß sich schließlich auf seine eigene Kraft verlassen. Die Nichteinlösung des gegebenen Abrüstungsversprechens zwang die Regierung Adolf Hitler, endlich — nach 15 Jahren! — an die eigene Sicherheit des Reiches zu denken. Wer dies als eine Bedrohung anderer Völker hinzustellen sucht, der verwirrt die wahren Zusammenhänge. Wenn die britische Regierung jetzt beabsichtigt, sich vom Parlament eine Blankovollmacht zu Rüstungszwecken im Betrage von 5 Milliarden RM. ausstellen zu lassen, so denken wir nicht daran, ihr das Recht streitig zu machen, über den Umfang ihrer Sicherheit nach Maßgabe ihrer eigenen militärischen Bedürfnisse zu entscheiden.“

Das Neueste in Kürze

Die letzten Ereignisse aus aller Welt

Der erste Tag des zurzeit in Berlin tagenden Kongresses der Permanenten Internationalen Frontkämpferskommission fand am Montag abend seinen Abschluß mit einem Japanfest zu Ehren der ausländischen Kriegsteilnehmer. — Der Reichskriegerbund Kyffhäuser gab am gleichen Abend einen Empfang im Hotel Kaiserhof.
Ministerpräsident Generaloberst Göring verließ Montag abend mit dem fahrplanmäßigen Zuge Berlin, um sich der Einladung des polnischen Staatspräsidenten Wolseki Folge leistend zur Staatsjagd nach Bialowieza zu begeben.
Im englischen Außenamt fanden am Samstag zwischen den deutschen und britischen Vertretern Flottenbesprechungen über die Herbeiführung eines zweiseitigen Abkommens zwecks Begrenzung der Flottenrüstungen nach

aus
birte an
tteln zu
ige Um
sich alle
Bieferfol
er Aktion
eiler den
eggen die
erfügung
n Liefer
it haben,
schüssigen
isfütter
en Zweck
gehendem
ber deut
ermengen
tschlands
erjahres
ständliche
öglichkeit
h macht.
präsident
bauern
scholt das
antwort
esen und
otgetreide
tion wird
er Pflicht
e Einzel
Merblatt
e alsbald
dem Ber
bezogen
13. Febr.
42. Hpf.,
auslän
Fahware
24 Hpf.,
hochbirnen
f. Citrone
f., Oran
ländische,
che, netto
1/2 Kg.
alat, aus
Wirting
Weißkraut
— 8 Hpf.,
1 St.
entlohl 20
of., Note
ge Karot
leine 20
r 1/2 Kg.,
nairrettich,
weiche
f., 1/2 Kg.
mat, hie
ppfollrabi
— 5 Hpf.
schlag bis
reisen als
Ausland-
den an-
Zufuhr in
f in Obst
Calw
tag, den
Uhr, im
ndung
nd positiven
geladen.
orifizender
Calw
LETT
m.
e dann noch
orm-Kugel-
die weiche,
Kein Nach-
eben. Ohne
Scheuern, da
leberzeugen
nungen un
p. 8—1 Uhr
p. 2—6 Uhr
— 11 1/2 Uhr
h (Pfalz),
nan-
cht“
ndige
en.

